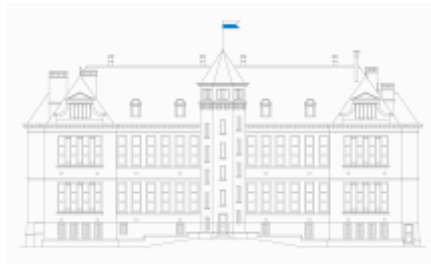


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

### **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE**

Der Europäische Rat (ER) begrüßte die endgültige Ratifikation des Vertrages von Lissabon in Deutschland, Irland und Polen und gestand Tschechien die insbesondere von Präsident *Vaclav Klaus* gewünschte Ausnahmeklausel für die Anwendung der Grundrechtecharta zu. Zur Vorbereitung der Umsetzung des Lissabonvertrages billigte der Europäische Rat zudem den Bericht des Außenministerrates über die Leitlinien für den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Weiterhin definierte der Europäische Rat den Standpunkt der EU für die anstehende Kopenhagener Klimakonferenz ohne sich auf eine konkrete EU-Finanzierung der von der Kommission vorgelegten und akzeptierten Kostenschätzung von 100 Mrd. € bis 2020 für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern festzulegen, da hier eine Lastenverteilung auf globaler Ebene notwendig ist. Im Hinblick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise hat der Europäische Rat die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates zu den Exit-Strategien aus den Konjunkturprogrammen ab 2011 mit einem jährlichen Konsolidierungsvolumen von 0,5 % des BIP gebilligt. Zudem hat der ER die Strategie für den Ostseeraum angenommen, die als Vorbild für andere Makroregionen wie den Donaauraum gilt. Der ER hat zu weiteren Anstrengungen bei den Maßnahmen zur Bewältigung der illegalen Einwanderung, insbesondere zur Verbesserung der Arbeitsweise von FRONTEX, aufgerufen. Aus bayerischer Sicht von besonderem Interesse ist, dass der ER die Initiativen der Kommission zur Stabilisierung des europäischen Milchmarktes, insbesondere die Mobilisierung von 280 Mio. € zur Bewältigung der Liquiditätsprobleme dieses Sektors, begrüßt hat. Der Rat wurde aufgerufen weiterhin an einer Lösung der Probleme des Milchsektors zu arbeiten (siehe auch die Beiträge der Ressorts). Die vollständigen Schlussfolgerungen des ER finden sich unter:

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf)

### **LISSABONVERTRAG: TSCHECHIEN MACHT DEN WEG FREI**

Nach den Zugeständnissen des Europäischen Rates (s. o.) und der Ablehnung



der Klage der 17 europakritischen Senatoren gegen den Lissabonvertrag durch das tschechische Verfassungsgericht am 03.11.2009 unterzeichnete Präsident *Vaclav Klaus* als letzter Staatschef noch am selben Tag die Ratifizierungsurkunde. Damit kann der Lissabonvertrag zum 01.12.2009 in Kraft treten. Nunmehr wird in Kürze ein Sondergipfel des Europäischen Rates erwartet, um den Präsident des Europäischen Rates und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, der zugleich Vizepräsident der Kommission ist, sowie die Kommissare zu nominieren. Deutschland hat als Kandidaten für die neue Kommission den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg *Günther Oettinger* benannt. Die Anhörungen für die Mitglieder der neuen Kommission werden voraussichtlich Ende November und Anfang Dezember im Europäischen Parlament stattfinden. Sofern die Kommission im Ganzen vom Europäischen Parlament im Dezember-Plenum bestätigt wird, kann die seit dem 01.11.2009 nur noch kommissarisch amtierende Kommission zum 01.01.2010 von der neuen Barroso-II-Kommission abgelöst werden.

#### **KROATIEN UND SLOWENIEN UNTERZEICHNEN GRENZABKOMMEN**

In Anwesenheit des schwedischen Ministerpräsidenten und derzeitigen Ratspräsidenten *Fredrik Reinfeldt* unterschrieben die Regierungschefs von Kroatien und Slowenien, *Jadranka Kosor* und *Borut Pahor*, am 04.11.2009 in Stockholm ein Abkommen zur Beilegung des langjährigen Grenzstreits in der Bucht von Piran in der Adria. Der Grenzstreit hatte zuvor die Erweiterungsverhandlungen von Kroatien für zehn Monate blockiert (s. EB 17/09).

#### **DEUTSCHER WIRD KABINETTSCHef VON KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO**

Der Hamburger *Johannes Laitenberger*, seit Ende 2005 Chefsprecher der EU-Kommission, wird ab 01.11.2009 Kabinettschef von Kommissionspräsident *José Manuel Barroso*. Die Dänin *Pia Ahrenkilde Hansen* wird Nachfolgerin als Chefsprecherin. Der 1964 geborene Jurist folgt dem Portugiesen *João Vale de Almeida* nach, der zum 01.11.2009 Generaldirektor für Auswärtige Angelegenheiten wird und seine Funktion als Sherpa von *Barroso* für die G-8 und die G-20 behält.

Weitere Informationen unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/486&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



## **TRANSPARENZINITIATIVE: EU-KOMMISSION ÜBERPRÜFT LOBBYREGISTER**

Ein Jahr nach der Eröffnung des Registers der Interessenvertreter hat die Kommission am 28.10.2009 eine Bilanz der bisherigen Erfahrungen und Verbesserungsvorschläge, insbesondere zu den finanziellen Angaben, vorgelegt. Demnach sind auf freiwilliger Basis bisher 2000 Eintragungen erfolgt. Unterrepräsentiert sind jedoch Rechtsanwaltskanzleien und Denkfabriken.

Weitere Informationen unter:

<http://ec.europa.eu/transparency/regrin>  
[SPEECH/09/365](#)

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

## **VIZEPRÄSIDENT DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS SPRICHT IN DER BAYER. VERTRETUNG ZU VERFASSUNGSGERICHTSVERBUND UND LISSABON-URTEIL**

Staatsministerin *Emilia Müller* lud am 03.11.2009 zu einem Vortrag des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, *Prof. Dr. Andreas Voßkuhle*, ein. Vor über 250 Besuchern, begrüßte Ministerin *Müller*, dass das tschechische Verfassungsgericht und Staatspräsident *Vaclav Klaus* am gleichen Tag die letzten Hindernisse für das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ausgeräumt hatten. Sie hob wichtige Aussagen des BVerfG-Urteils vom 30.06.2009 zum Vertrag von Lissabon hervor. Bayern habe mit dafür gesorgt, dass das Urteil vollständig umgesetzt wurde. Vizepräsident *Prof. Voßkuhle* widersprach Befürchtungen über einen Machtkampf zwischen EuGH und BVerfG. Tatsächlich bestehe ein „gutes Verhältnis“, zu dem beide Seiten beitragen. Das BVerfG habe im Lissabon-Urteil die „Europarechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes“ entwickelt. Wenn er mit dem Urteil eine Botschaft verbinden müsste, würde sie lauten: „Lasst Europa auch in den Mitgliedstaaten stattfinden!“.

## **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMI**

Der Europäische Rat beschäftigte sich erneut mit dem Thema illegale Einwanderung im Mittelmeerraum, begrüßt die Fortschritte bei der Umsetzung der im Juni beschlossenen Maßnahmen und ruft dazu auf, „zu verhindern, dass es erneut zu tragischen Vorfällen auf See kommt“. Daneben werden „zusätzliche



Anstrengungen“ zur Verwirklichung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems einschließlich spürbarer Solidarität mit Mitgliedstaaten, die einem besonderen Druck ausgesetzt sind, gefordert. Die Staats- und Regierungschefs fordern zudem eine Stärkung der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX.

#### **RAT JUSTIZ UND INNERES AM 23.10.2009: INNENPOLITIK**

- SIS II Weiter auf der Kippe – Probleme auch beim VIS
- Einigung zum leichteren Austausch kriminaltechnischer Beweismittel
- Netz für Kriminalprävention soll weiterentwickelt werden

#### **EUGH: WEITERE KOMMUNALRELEVANTE URTEILE ZUM VERGABERECHT**

- Messeausbau in Köln europarechtswidrig (C-536/07)
- Ausschreibungspflicht bei Auftrag zwischen öffentlichen Kommunaldienstleistern  
(C-275/09)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

#### **KOMMISSION STELLT 2,4 MIO. € ZUR ERNEUERUNG DER A 3 MAINBRÜCKE BEI RANDERSACKER BEREIT**

Die Kommission hat eine Liste von Projekten bekannt gegeben, die aus dem Programm Transeuropäische Netze (TEN) Zuschüsse von 500 Mio. € erhalten. Die Mittel wurden im Rahmen der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise vorgezogen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1558&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

#### **JI-RAT AM 23.10.2009 IN LUXEMBURG**

Paket zu Mindeststandards im Strafprozess

Aussprache zum Rahmenbeschluss zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz von Opfern

Aussprache über den Rahmenbeschluss über die Übertragung von Strafverfahren

A-Punkte



### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUM ONLINE-EINKAUF IN DER EU**

Am 22.10.2009 hat die Kommission eine Mitteilung über den grenzüberschreitenden elektronischen Handelsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern in der EU vorgelegt.

[http://ec.europa.eu/consumers/strategy/docs/COM\\_2009\\_0557\\_4\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/consumers/strategy/docs/COM_2009_0557_4_de.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/475&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

### **MASTERPROGRAMM „CONSUMER AFFAIRS“ BEI DER TU MÜNCHEN**

Verbraucherkommissarin *Kuneva* eröffnete am 29.10.2009 zusammen mit Staatsministerin *Dr. Beate Merk* das Masterprogramm „Consumer Affairs“ (EURECA) an der Technischen Universität München.

<http://www.mca.wi.tum.de/de/feierliche-eroeffnung-des-masterprogramms-consumer-affairs-eureca>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

### **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMF**

Ein wichtiges Thema des Europäischen Rates vom 29./30.10.2009 war die Vorbereitung der Kopenhagener Klimaschutzkonferenz, insbesondere die Frage der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern. In den Entwicklungsländern werden sich die zusätzlichen Kosten für Klimaschutzmaßnahmen bis 2020 auf insgesamt 100 Mrd. € jährlich belaufen. Der Europäische Rat hält in diesem Rahmen eine Unterstützung der Entwicklungsländer aus internationalen öffentlichen Mitteln in Höhe von 22 bis 50 Mrd. € jährlich für notwendig. Zum möglichen Anteil der EU und ihrer Mitgliedstaaten an diesen Kosten wurden keine Festlegungen getroffen.

Die vom ECOFIN-Rat zu den Exit-Strategien aus den Konjunkturprogrammen getroffenen Schlussfolgerungen (insbesondere: Beginn mit dem Ausstieg spätestens 2011; jährliche Konsolidierung von mehr als 0,5 % des BIP; Begleitung des Exits durch Strukturreformen) hat der Europäische Rat gebilligt. Zum Thema Finanzaufsicht hat der Europäische Rat den ECOFIN-Rat dringend gebeten, weitere politische Beratungen auch zur Einsetzung der europäischen Finanzaufsichtsbehörden (Mikroaufsicht) zu führen und bis Dezember 2009 eine Einigung über das Gesamtpaket zur Neustrukturierung der Finanzaufsicht



EU herbeizuführen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf)

### **DATEN VON EUROSTAT ZU DEFIZIT UND VERSCHULDUNG IM JAHR 2008**

Eurostat, das statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, hat Daten zu den Defiziten und der Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2008 veröffentlicht. Im Jahr 2008 stiegen das öffentliche Defizit und der öffentliche Schuldenstand sowohl in der Eurozone als auch in der EU im Vergleich zu 2007 an. Gemessen am BIP ist das öffentliche Defizit in der EU von 0,8 % im Jahr 2007 auf 2,3 % im Jahr 2008 gestiegen, in der Eurozone von 0,6 % auf 2,0 %. Deutschland gehört zu den acht Staaten mit einem öffentlichen Überschuss, bleibt aber mit seinem Überschuss von unter 0,1 % deutlich hinter Mitgliedstaaten wie z. B. Finnland oder Dänemark zurück.

### **HERBSTPROGNOSE DER EU-KOMMISSION ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DER EU**

Die EU-Kommission hat am 03.11.2009 ihre Herbstprognose 2009 zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU veröffentlicht. Die Prognose umfasst den Zeitraum 2009 bis 2011. Danach wird die EU-Wirtschaft die Rezession in der zweiten Jahreshälfte 2009 überwinden, auch wenn für das Gesamtjahr noch ein BIP-Rückgang um rund 4 % zu erwarten ist. Für 2010 und 2011 wird eine allmähliche Erholung mit einem BIP-Wachstum von 0,7 % bzw. 1,6 % prognostiziert. Für Deutschland geht die Kommission von einem BIP-Rückgang um 5 % im Jahr 2009 und von einem Wachstum um 1,2 % bzw. 1,7 % in den Jahren 2010 und 2011 aus. Damit würde Deutschland in den nächsten beiden Jahren über dem EU-Wachstum liegen.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/thematic\\_articles/article16051\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article16051_en.htm)

### **VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN WEGEN DISKRIMINIERENDER BESTEUERUNG AUSLÄNDISCHER PENSIONSEINRICHTUNGEN**

Die Europäische Kommission hat Deutschland am 29.10.2009 in Form einer „mit Gründen versehenen Stellungnahme“ (der zweiten Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 EG-Vertrag) zur Änderung der aus Sicht der Kommission diskriminierenden Besteuerung ausländischer Pensionsein-



richtungen aufgefordert. Dabei geht es z. B. um die ermäßigte Quellensteuer für Dividendenzahlungen deutscher Unternehmen an deutsche Pensionskassen oder erhöhte Steuersätze für Dividenden an ausländische Pensionsfonds. Sollte die Kommission innerhalb von zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort von Deutschland erhalten, kann sie den Europäischen Gerichtshof anrufen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1640&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **WEITERE LEGISLATIVVORSCHLÄGE DER EU-KOMMISSION ZUR STÄRKUNG DER FINANZAUF SICHT**

Um die Umsetzung der geplanten neuen Finanzmarktaufsichtstruktur zu gewährleisten, hat die Europäische Kommission am 26.10.2010 eine Richtlinie vorgelegt, mit der die einschlägigen Finanzdienstleistungsrichtlinien an das Europäische System für die Finanzaufsicht (ESFS) angepasst werden sollen. Diese Richtlinie ergänzt also das am 23.09.2009 gebilligte Legislativpaket zur Stärkung der Finanzaufsicht in Europa, das neben der Einrichtung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (Makroaufsicht) die Schaffung von drei neuen Europäischen Finanzaufsichtsbehörden vorsieht (Mikroaufsicht). Der Vorschlag muss nun vom Ministerrat und Europäischen Parlament verabschiedet werden (siehe auch Beitrag des StMWIVT).

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/docs/committees/supervision/20091026\\_576\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/committees/supervision/20091026_576_de.pdf)

### **KONSULTATION ZU LASTSCHRIFTVERFAHREN IM EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUM (SEPA)**

Mit dem am 03.11.2009 vorgelegten Papier möchte die Kommission den Beteiligten des SEPA-Lastschriftverfahrens Erläuterungen an die Hand geben, damit im Rahmen des Lastschriftverfahrens verwendete kollektive Vereinbarungen über Finanzierungsmodelle mit den Wettbewerbsbestimmungen des EG-Vertrags in Einklang stehen. Das Arbeitspapier ergänzt die wettbewerbsrechtlichen Hinweise in der Verordnung (EG) Nr. 924/2009. Stellungnahmen zu der Orientierungshilfe können bis 14.12.2009 abgegeben werden. Anschließend wird die Kommission über die endgültige Vorlage einer Orientierungshilfe entscheiden (siehe auch Beitrag des StMWIVT).

[http://ec.europa.eu/competition/sectors/financial\\_services/SEPA\\_working\\_doc](http://ec.europa.eu/competition/sectors/financial_services/SEPA_working_doc)



[ument.pdf](#)

### **ANTIDISKRIMINIERUNG: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND**

Die Europäische Kommission hat am 29.10.2009 mit Gründen versehene Stellungnahmen an Deutschland gerichtet, weil die EU-Vorschriften zum Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sowie mit Blick auf ethnische Herkunft aus Sicht der Kommission nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurden. Im Zusammenhang mit der Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sowie Berufsausbildung (2000/78/EG) bemängelt die Kommission u. a. bestimmte Leistungseinschränkungen für Beamte oder Soldaten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft, während verheiratete Partner Anspruch auf entsprechende Leistungen (Beihilfe, Familienzuschlag und Hinterbliebenenpension) hätten (siehe näher Beitrag des StMAS).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1620&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=612&langId=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

### **KOMMISSION LEGT NEUE GESETZESVORSCHLÄGE ZUR STÄRKUNG DER FINANZ-MARKTAUFSICHT VOR**

Um die Umsetzung der geplanten neuen Finanzmarktaufsichtstruktur zu gewährleisten, hat die Europäische Kommission am 26.10.2009 eine Richtlinie vorgelegt, mit der die einschlägigen Finanzdienstleistungsrichtlinien an das Europäische System für die Finanzaufsicht (ESFS) angepasst werden sollen. Der Vorschlag muss nun vom Ministerrat und Europäischen Parlament verabschiedet werden.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/finances/committees/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_de.htm)

### **KOMMISSION LEGT VERORDNUNGSENTWURF ZUM CO2-AUSSTOSS LEICHTER NUTZFAHRZEUGE VOR**

Die Europäische Kommission hat am 28.10.2009 ihren Vorschlag zur Reduzierung von CO2 Emissionen für leichte Nutzfahrzeuge verabschiedet. Dies ge-



schah in ihrer letzten regulären Sitzung trotz des gemeinsamen Widerstandes von Deutschland, Frankreich und Italien. Allerdings wurde der Entwurf gegenüber ursprünglichen Plänen etwas entschärft.

[http://ec.europa.eu/environment/air/transport/co2/co2\\_cars\\_regulation.htm](http://ec.europa.eu/environment/air/transport/co2/co2_cars_regulation.htm)

### **ZWISCHENBERICHT DER KOMMISSION ÜBER DEN AKTIONSPLAN ZUR VERWALTUNG UND KONTROLLE DER STRUKTURFONDSMITTEL**

Die Europäische Kommission hat am 28.10.2009 einen Zwischenbericht über die bisherigen Erfolge der Umsetzung von Maßnahmen aus ihrem Aktionsplan zur Verbesserung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme des EU-Struktur- und Kohäsionsfonds in den Mitgliedstaaten verabschiedet. Neben Erläuterungen zu den noch laufenden Maßnahmen werden darin auch Budgetkorrekturen und Zahlungsaussetzungen bei einzelnen Förderprojekten aufgeführt.

### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU LASTSCHRIFTVERFAHREN IM EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGSVERKEHRSRAUM (SEPA)**

Mit dem am 03.11.2009 vorgelegten Papier möchte die Kommission den Beteiligten des SEPA-Lastschriftverfahrens Erläuterungen an die Hand geben, damit im Rahmen des Lastschriftverfahrens verwendete kollektive Vereinbarungen über Finanzierungsmodelle dann auch mit den Wettbewerbsbestimmungen des EG-Vertrags in Einklang stehen. Das Arbeitspapier ergänzt die wettbewerbsrechtlichen Hinweise in der Verordnung (EG) Nr. 924/2009. Stellungnahmen zu der Orientierungshilfe können bis 14.12.2009 abgegeben werden. Anschließend wird die Kommission über die endgültige Vorlage einer Orientierungshilfe entscheiden.

[http://ec.europa.eu/competition/sectors/financial\\_services/SEPA\\_working\\_document.pdf](http://ec.europa.eu/competition/sectors/financial_services/SEPA_working_document.pdf)

### **KOMMISSION WILL BEIHILFEN FÜR UNGARISCHES AUDI-WERK PRÜFEN**

Die Europäische Kommission hat laut Dow Jones am 29.10.2009 angekündigt, die von der ungarischen Regierung geplanten Staatshilfen für eine neue Motorenfertigung im Audi-Werk Győr zu prüfen. Zunächst können sich die verschiedenen Beteiligten zu der geplanten Beihilfe in Höhe von 49,5 Mio. EUR äußern.



Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSMITTELVER-SORGUNGSKETTE IN EUROPA**

Die Kommission veröffentlichte am 28.10.2009 die Mitteilung „Die Funktionsweise der Lebensmittelkette in Europa verbessern“. Die Mitteilung zeigt Elemente auf, die zu einer Marktverzerrung geführt haben: Mangel an Markttransparenz, Ungleichgewichte bei den Verhandlungspositionen und wettbewerbswidrige Praktiken. Insbesondere die Diskrepanz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen steht auch im Hinblick auf die Milchmarktproblematik im Mittelpunkt. Um die Ungleichgewichte zu beheben, schlägt die Kommission Maßnahmen zur Bewältigung der Situation vor. Dazu zählen die Förderung nachhaltiger, marktbasierter Beziehungen zwischen den Akteuren, die Förderung der Integration des Binnenmarktes und die Erhöhung der Transparenz der Lebensmittelversorgungskette durch ein neues EU-Instrument zur Preisüberwachung und einen webbasierten, leicht zugänglichen Dienst für einen Vergleich der Lebensmittelpreise.

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication16061\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication16061_de.pdf)

### **KOMMISSION ERHÖHT OBERGRENZE FÜR STAATLICHE BEIHILFEN AUF 15.000 EUR**

Die Kommission hat am 28.10.2009 entschieden, dass der Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen geändert wird, um die Liquiditätsprobleme im Agrarsektor zu überwinden. Damit können die Mitgliedstaaten den Landwirten eine staatliche Beihilfe bis 15.000 EUR je Betrieb für alle Betriebsinhaber in allen Agrarsektoren gewähren. Die Hilfe ist bis Ende 2010 befristet. Bereits geleistete Beihilfen, die seit 2008 gewährt wurden, sind anzurechnen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1599&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

### **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ER- GEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMELF**

Die Staats- und Regierungschefs haben bei ihrem Treffen des Europäischen Rates am 29./30.10.2009 in Brüssel in ihren Schlussfolgerungen die Maßnahmen gelobt, die von der Kommission zur Stabilisierung des Milchmarktes ergriffen wurden. Außerdem wurde der Vorschlag zur Kenntnis genommen, die dringendsten Liquiditätsprobleme des Sektors durch die Mobilisierung von



280 Mio. EUR aus dem Haushaltsplan für 2010 zu mindern. Diesem Vorschlag müssen die Finanzminister der Mitgliedstaaten noch zustimmen. Im Mittelpunkt des Europäischen Rates standen die Kopenhagener Klimakonferenz und die Festlegung der Standpunkte der Europäischen Union (s. auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG).

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf)

### **GENEHMIGUNG DER VORSCHLÄGE AUS DEN MITGLIEDSTAATEN ZUR ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS**

Der Ausschuss für die Entwicklung des ländlichen Raums hat die ersten Vorschläge aus den Mitgliedstaaten bzw. Regionen zur Verwendung neuer Finanzmittel zur Förderung ländlicher Regionen genehmigt. Die Gelder in Höhe von 4,4 Mrd. EUR für den Zeitraum von 2009 bis 2013 setzen sich aus Mitteln des Gesundheitschecks der Gemeinsamen Agrarpolitik (3,4 Mrd. EUR) sowie des Konjunkturprogramms vom November 2008 (1 Mrd. EUR) zusammen. Genehmigt wurden die Änderungen der Programme für den ländlichen Raum von Österreich, Finnland, Zypern, Sardinien, Toskana und Nordirland in Höhe von insgesamt 244,5 Mio. EUR. Schwerpunkte für Mittel aus dem Gesundheitscheck liegen in den Bereichen der biologischen Vielfalt (58,6 Mio. EUR), der Umstrukturierung des Milchsektors (43,2 Mio. EUR) und der Wasserwirtschaft (44,7 Mio. EUR).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1568&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **KOMMISSION LÄSST DREI GVO-MAISSORTEN ZUR VERWENDUNG IN FUTTER- UND LEBENSMITTELN ZU**

Die Kommission hat am 30.10.2009 drei genetisch veränderte Maissorten (MON88017, MON89034 und 59122xNK603) zu Verarbeitungszwecken und zur Verwendung als Futter- oder Lebensmittel zugelassen. Nachdem sich der Rat der Agrarminister am 19.10.2009 weder für noch gegen die Zulassung entscheiden konnte, hat die Kommission in eigener Zuständigkeit eine Zulassungsentscheidung getroffen und damit überraschend schnell eine Lösung für ein dringendes Problem der Futtermittelimporteure herbeigeführt (s. auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB). Die Zulassungsentscheidung gilt vorerst für 10 Jahre.



[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm)

## **KOMMISSION STÖSST DISKUSSION ZUR TIERSCHUTZKENNZEICHNUNG AN**

Die Kommission hat am 28.10.2009 einen Bericht sowie ein begleitendes Arbeitspapier vor-gelegt, in denen sie verschiedene Möglichkeiten für eine Tierschutzkennzeichnung aufzeigt. Eine solche Kennzeichnung soll es Verbrauchern erleichtern, beim Kauf Produkte aus artgerechter Haltung besser erkennen und auswählen zu können. Zugleich sollen Produzenten einen wirtschaftlichen Anreiz für die Verbesserung des Tierschutzes erhalten. Die Ergebnisse des Berichts sind Grundlage für weiterführende Diskussionen zwischen Kommission, Rat, Europäischem Parlament, Europäischem Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen (s. auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/labelling\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/labelling_en.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

## **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS**

Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rates am 29./30. Oktober 2009 im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz sowie der Entscheidung Tschechiens zum Vertrag von Lissabon standen insbesondere Fragen des Umweltschutzes und zum institutionellen Aufbau der EU. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich, Tschechien (so wie bereits Großbritannien und Polen) die geforderte Ausnahmeklausel für die im Vertrag verankerte EU-Grundrechtecharta zuzugestehen. Der tschechische Präsident hatte dies damit begründet, Rückgabeansprüche von Sudetendeutschen zu verhindern, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grundlage der Beneš-Dekrete vertrieben wurden. Darüber hinaus befassten sich die Staats- und Regierungschefs der EU unter dem Eindruck der globalen Wirtschaftskrise mit der Lage in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen und Beschäftigung. Mit Blick auf die sich voraussichtlich weiter verschlechternde Beschäftigungslage in Europa dürfe das politische Engagement für eine aktive Arbeitsmarktpolitik nicht nachlassen, lautete eine der zentralen Forderungen des Europäischen Rates. Eingeleitet wurde



das Treffen durch einen so genannten „tripartiten“ Sozialgipfel, an dem neben Vertretern der Präsidentschaft und der Europäischen Kommission auch die Sozialpartner teilnahmen.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf)

### **EU-KOMMISSION: EUROBAROMETER-UMFRAGE ZUM AUFTAKT DES EUROPÄISCHEN JAHRZUR BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG**

Zum Auftakt des Europäischen Jahrs zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 hat die Europäische Kommission am 27. Oktober 2009 eine Eurobarometer-Umfrage vorgestellt, nach der 73 Prozent der Europäer Armut als großes Problem in ihrem Land bezeichnen (Deutschland: 72 Prozent). Mehr als die Hälfte der Bürger sieht jedoch in erster Linie die Regierung ihres Landes in der Pflicht zur Armutsbekämpfung, knapp jeder Dritte hält den Beitrag der EU für „sehr wichtig“. Mit ihrer mit mindestens 26 Millionen Euro ausgestatteten Kampagne will die Europäische Union die Bedeutung der kollektiven Verantwortung beim Kampf gegen die Armut hervorheben.

<http://www.2010againstopoverty.eu>

### **ANTIDISKRIMINIERUNG: KOMMISSION VERSCHÄRFT VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN ZWEI WEITEREN EU-RICHTLINIEN**

Die Europäische Kommission hat wegen Umsetzung von zwei weiteren EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung die Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland verschärft. Aufgrund einer aus Sicht der Brüsseler Behörde unzureichenden Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften zum Schutz vor Diskriminierungen in Beschäftigung und Beruf sowie mit Blick auf ethnische Herkunft durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) legte die Kommission Deutschland eine mit Gründen versehene Stellungnahme vor. Dies teilte sie am 29. Oktober 2009 mit und leitete damit die zweite Stufe der Verstoßverfahren ein (s. EB 18/2009).

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=612&langId=de>



### **KOHÄSIONSPOLITIK: ZWISCHENBERICHT DER KOMMISSION ÜBER AKTIONSPLAN ZUR VERWALTUNG UND KONTROLLE DER STRUKTURFONDSMITTEL**

Die Europäische Kommission hat am 28. Oktober 2009 einen Zwischenbericht über die bisherigen Erfolge der Umsetzung von Maßnahmen aus ihrem Aktionsplan zur Verbesserung der Verwaltungs- und Kontrollsysteme des EU-Struktur-Kohäsionsfonds in den Mitgliedstaaten verabschiedet. Neben Erläuterungen zu den noch laufenden Maßnahmen werden darin auch Budgetkorrekturen und Zahlungsaussetzungen bei einzelnen Förderprojekten aufgeführt (s. auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMWIVT).

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/communic/manage/management\\_sec\\_2009\\_1463\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/communic/manage/management_sec_2009_1463_en.pdf)

### **EUGH: SCHWANGEREN ARBEITNEHMERINNEN, DENEN GEKÜNDIGT WURDE, MUSS WIRKSAMER GERICHTLICHER SCHUTZ ZUR VERFÜGUNG STEHEN**

Schwangeren Arbeitnehmerinnen, denen gekündigt wurde, muss ein wirksamer gerichtlicher Schutz der ihnen aus dem Gemeinschaftsrecht erwachsenen Rechte zur Verfügung stehen. Sieht ein nationales Gericht für den einzigen Rechtsbehelf, den es Arbeitnehmerinnen, denen während ihrer Schwangerschaft gekündigt wurde, zur Verfügung stellt, keine angemessenen Fristen vor, stellt dies eine ungünstigere Behandlung im Zusammenhang mit Schwangerschaft und eine Diskriminierung weiblicher Arbeitnehmer dar. Zu diesem Urteil kam der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 29. Oktober 2009 (Rechtssache C-63/08).

<http://curia.europa.eu>

### **ÖFFENTLICHKEITSKAMPAGNE: EUROPÄISCHE KOMMISSION PRÄSENTIERTE SICH MIT IHREM „ZIRKUSZELT EUROPA“ ZU SOZIALEN FRAGEN IN MÜNCHEN**

Unter dem Motto „Wissen Sie, was das soziale Europa für Sie tun kann?“ informiert die Europäische Kommission in einer europaweiten Kampagne über ihre Politik in den Bereichen Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit. In diesem Rahmen gastierte das von der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der EU-Kommission initiierte „Zirkuszelt Europa“ vom 22. bis 24. Oktober 2009 auch



auf dem Münchner Odeonsplatz. Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen beteiligte sich u.a. mit einem Informationsstand über die Fördermöglichkeiten des Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Initiative soll die Bereiche veranschaulichen, in denen Gemeinschaftsmaßnahmen greifen und die Politiken und Instrumente der Akteure vor Ort vorstellen. Mit der Kampagne präsentiert sich die Kommission ebenfalls im Rahmen der „ConSozial“, Fachmesse und Kongress für den Sozialmarkt in Deutschland, am 11./12. November 2009 in Nürnberg.

<http://www.fuersorgetag-consozial.de/index.php?section=1>

#### **VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN: KOMMISSION KRITISIERT UNGARN WEGEN MANGELHAFTER UMSETZUNG DER RICHTLINIE ZUM ELTERNURLAUB**

Wegen mangelhafter Umsetzung der Richtlinie zu der von den Dachverbänden der Sozialpartner UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Elternurlaub (96/34/EG) hat die Europäische Kommission am 29. Oktober 2009 ein Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Ungarn verschärft und eine mit Gründen versehene Stellungnahme vorgelegt. Die Kommission kritisiert u.a., dass das nationale Recht Arbeitnehmer nicht vor Entlassungen aufgrund der Inanspruchnahme des Rechts auf Elternurlaub schütze und der Anspruch auf Beschäftigung am früheren oder an einem gleichwertigen Arbeitsplatz im Anschluss an den Elternurlaub nicht niedergelegt sei.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1619&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

#### **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMU**

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben sich im Rahmen ihrer Ratstagung am 29./30.10.2009 nicht mit den Bereichen Bildung, Jugend und Sport befasst.

#### **KOMMISSION ERNENNT *JAN TRUSZCZYŃSKI* ZUM NEUEN GENERALDIREKTOR FÜR BILDUNG UND KULTUR**

Die Europäische Kommission hat den aus Polen stammenden *Jan*



*Truszczyński* (59) als Nachfolger von *Odile Quintin* zum neuen Generaldirektor für Bildung und Kultur berufen. *Truszczyński*, der sein neues Amt voraussichtlich zum 01.05.2010 antreten wird, ist derzeit stellvertretender Generaldirektor für Bildung und Kultur und setzte sich von 2005 bis 2007 als geschäftsführender Direktor der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Warschau für den Ausbau der deutsch-polnischen Beziehungen ein.

### **EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE ERLÄSST URTEIL ZU KRUFIXEN IN KLASSENZIMMERN**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg hat entschieden, dass das obligatorische Anbringen von Kruzifixen in Klassenräumen staatlicher Schulen Italiens gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt. Während der italienische Staat damit argumentiert hatte, dass das Kreuz nicht nur ein religiöses Symbol, sondern auch ein Symbol der italienischen Geschichte, Kultur und Identität und damit des italienischen Staates sei, sah der EGMR darin ein eindeutig religiöses Symbol, das auf Kinder, die einer anderen oder keiner Religion angehörten, verstörend wirken könne. Bayerische Politiker haben das Straßburger Urteil mit Unverständnis und Bedauern aufgenommen, auch wenn das in Bayern geltende Recht laut Europa-ministerin *Emilia Müller* und Kultusminister *Dr. Ludwig Spaenle* nicht im Widerspruch zu dem Urteil steht.

<http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?item=1&portal=hbkm&action=html&highlight=&sessionid=36234382&skin=hudoc-pr-en>

<http://cmiskp.echr.coe.int/tkp197/view.asp?item=1&portal=hbkm&action=html&highlight=30814/06&sessionid=36235141&skin=hudoc-en>

### **ERGEBNISSE DES GENERALDIREKTORENTREFFENS IM BILDUNGSBE- REICH AM 19.10.2009 IN BRÜSSEL**

Auf einer Tagung am 19.10.2009 diskutierte die Hochrangige Gruppe der Generaldirektoren im Bildungsbereich über Möglichkeiten und Nutzen der internationalen Dimension der europäischen Bildungskooperation. Einige Mitgliedstaaten unterstützten das Anliegen des Vorsitzes, einen Überblick über bestehende Bildungsabkommen zwischen der EU bzw. ihren Mitgliedstaaten einerseits und Drittstaaten andererseits zu gewinnen. Vor dem Hintergrund bereits institutionalisierter Bildungskooperationen mit Drittstaaten sprachen sich meh-



rere Mitgliedstaaten dafür aus, parallele Strukturen zu vermeiden und Synergieeffekte zu nutzen.

Darüber hinaus fand ein erster Gedankenaustausch über das von der Kommission erarbeitete Grünbuch „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ statt. Die Kommission erklärte, dass sich das Grünbuch in die von Kommissionspräsident *Barroso* angeregte „Youth on the Move“-Initiative einfüge. Mobilität nütze durch die Verbesserung von Fremdsprachenkenntnissen und interkulturellen Kompetenzen sowohl dem Individuum als auch der Gesellschaft. Leider stelle ein Auslandsaufenthalt aber noch immer die Ausnahme dar. Einige Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass sich manche Jugendliche bewusst gegen einen Auslandsaufenthalt entscheiden; vor diesem Hintergrund sei es wichtig, Mobilität zu ermöglichen, aber nicht zu erzwingen.

#### **OECD VERÖFFENTLICHT BERICHT ZUR BERUFLICHEN AUS- UND WEITERBILDUNG IN DEN MITGLIEDSTAATEN**

Die OECD hat unter dem Titel „Learning for Jobs“ einen Vorab-Bericht zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in den OECD-Mitgliedstaaten veröffentlicht, der eine Reihe von politischen Empfehlungen zur Verbesserung der beruflichen Bildungssysteme enthält. Der Abschlussbericht wird von der OECD voraussichtlich Ende 2010 veröffentlicht.

<http://www.oecd.org/dataoecd/36/24/43926141.pdf>

#### **NEUE PLATTFORM DER ZIVILGESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER MEHRSPRACHIGKEIT**

Nachdem die Kommission bereits im September eine Unternehmensplattform für Mehrsprachigkeit vorgestellt hatte, wurde nun eine entsprechende Plattform der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen. Ziel der Plattform ist es, einen kontinuierlichen Dialog zwischen Kommission und Zivilgesellschaft zur Politik der Mehrsprachigkeit zu unterstützen und eine öffentliche Diskussion anzuregen, wie die Nutzung mehrerer Sprachen stärker gefördert werden kann.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

#### **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWFK**

Der Europäische Rat betonte den Stellenwert der Forschung und Entwicklung



zur Erreichung der ehrgeizigen Ziele im Bereich des Klimaschutzes. Es gelte, Forschung und Entwicklung mit großem Nachdruck zu intensivieren, globale Technologieziele festzulegen und sichere und nachhaltige Technologien für die Zukunft zu entwickeln und flächendeckend zu verankern.

Quasi flankiert wird dieses Ergebnis durch den am 04.11.2009 in Washington gegründeten sog. EU-USA-Energierat. Fortan sollen im Energierat die EU-Kommissare für Außenbeziehungen, Energie, Wissenschaft und Forschung und der EU-Ratsvorsitz sowie die US-Außenministerin und der US-Energieminister jährlich abwechselnd in der EU und den USA tagen und auf dem EU-USA-Gipfel Bericht erstatten.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf)

#### **„BONUS 169“: GEMEINSCHAFT UND OSTSEERÄNDERMITGLIEDSTAATEN PLANEN GEMEINSAMES 100-MIO-EURO-OSTSEEFORSCHUNGSPROGRAMM**

Am 29.10.2009 verabschiedete die Europäische Kommission den Vorschlag „BONUS-169“, einem Ostsee-Forschungsprogramm basierend auf Art. 169 EG-Vertrag. Vorgesehen ist die Beteiligung der Ostseeränder Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Lettland, Litauen, Polen und Schweden. Über ihre jeweiligen eigenen Forschungsprogramme, unterstützt von einem europäischen Bonus von bis zu 50 Mio. EUR, soll die gemeinsame Umweltforschung mit einem Fördervolumen von insgesamt 100 Mio. EUR für eine nachhaltigere Entwicklung der Ostseeregion verbessert werden. Darüber hinaus ist eine strukturelle Änderung der beteiligten Forschungssysteme der Ostseeränderstaaten intendiert.

<http://www.bonusportal.org/>

#### **AUFRUF – INSBESONDERE AN WEIBLICHE FORSCHER – ZUR GUTACHTERREGISTRIERUNG**

Die Europäische Kommission ruft die Wissenschaft dazu auf, eine Registrierung als potentielle/r Gutachter/in vorzunehmen. Die Registrierung auf der kommissionseigenen Datenbank für die Gutachterbewerbung im 7. Forschungsrahmenprogramm ist ein unverzichtbarer Schritt zur Förderung der europäischen Forschung. Eine Gutachtertätigkeit ist von großem Vorteil für alle Beteiligten.



2008 ergab sich für Deutschland ein zwiespältiger Befund: Zahlenmäßig kamen zwar die meisten Gutachterinnen und Gutachter aus Deutschland, allerdings weisen die deutschen Gutachterinnen mit einem Anteil von 23 % den viertschlechtesten Wert der EU auf. Europa-weit war der Anteil der weiblichen Evaluatoren 2008 zwar ansteigend, blieb aber mit 31 % hinter der angestrebten 40 %-Quote der Kommission zurück. Bei dem vom Europäischen Forschungsrat zu verantwortenden Gutachterpanel betrug der Frauenanteil lediglich 16 %.

Eine Bewerbung als Gutachter erfordert nur geringe Zeit und Aufwand auf der Seite:

<https://cordis.europa.eu/emmf7/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

#### **EUROPÄISCHER RAT VOM 29./30. OKTOBER 2009: WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUG**

Ein Schwerpunkt der Tagung der Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat, ER) vom 29./30.10.2009 in Brüssel war die Einigung auf ein gemeinsames Mandat der EU bei den UN-Klimaverhandlungen vom 07.-18.12.2009 in Kopenhagen. In den Schlussfolgerungen wurde abermals die Bereitschaft der EU betont, beim internationalen Klimaschutz eine Vorreiterrolle zu übernehmen, ohne dabei jedoch, wie zuletzt von den EU-Umweltministern am 21.10.2009 gefordert, konkrete Zahlen zum EU-Anteil an den zu erwartenden Kosten für Klimaschutzmaßnahmen in Schwellen- und Entwicklungsländern anzugeben (s. EB 18/09). Nach dem Gipfel erklärte Bundeskanzlerin *Dr. Angela Merkel*, dass sie nicht mehr damit rechne, dass in Kopenhagen ein „verbindlicher Vertrag“ erreicht werden kann. Eine Verständigung auf einen „politischen Rahmenvertrag“ sei wahrscheinlicher.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/110896.pdf)

#### **KOMMISSION LÄSST DREI GVO-MAISSORTEN ZUR VERWENDUNG IN FUTTER- UND LEBENSMITTELN ZU**

Die Kommission hat am 30.10.2009 drei genetisch veränderte Maissorten (MON88017, MON89034 und 59122xNK603) zu Verarbeitungszwecken und zur Verwendung als Futter- oder Lebensmittel zugelassen. Nachdem sich der



Rat der Agrarminister am 19.10.2009 weder für noch gegen die Zulassung entscheiden konnte, hat die Kommission in eigener Zuständigkeit eine Zulassungsentscheidung getroffen und damit überraschend schnell eine Lösung für ein dringendes Problem der Futtermittelimporteure herbeigeführt (s. EB 18/09, 15/09 und 14/09). Die Zulassungsentscheidung gilt vorerst für 10 Jahre.

[http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm)

### **KOMMISSION LEGT VERORDNUNGSENTWURF ZUM CO<sub>2</sub>-AUSSTOß LEICHTER NUTZFAHRZEUGE VOR**

Die Europäische Kommission hat am 28.10.2009 ihren Vorschlag zur Reduzierung von CO<sub>2</sub> Emissionen für leichte Nutzfahrzeuge verabschiedet. Dies geschah in ihrer letzten regulären Sitzung trotz des gemeinsamen Widerstandes von Deutschland, Frankreich und Italien. Allerdings wurde der Entwurf gegenüber ursprünglichen Plänen etwas entschärft (s. hierzu auch Bericht des StWIVT in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/environment/air/transport/co2/co2\\_cars\\_regulation.htm](http://ec.europa.eu/environment/air/transport/co2/co2_cars_regulation.htm)

### **ÜBER 200 MILLIONEN EURO FÜR NATURSCHUTZ UNTER LIFE+**

Am 29.10.2009 hat die Kommission die Finanzierung von 196 neuen Projekten unter dem zweiten Förderaufruf des Umweltprogrammes LIFE+ bekannt gegeben. Nach dem Projektaufruf vom 15.05.09 (s. EB 08/09) werden im Förderungszeitraum (2007-2013) insgesamt 207,5 Mio. € seitens der Kommission zur Verfügung gestellt. Das Gesamtvolumen der Projekte beträgt ca. 431 Mio. €, dabei werden auch zwei bayerische Projekte gefördert.

<http://ec.europa.eu/environment/life/index.htm>

### **KOMMISSION STÖSST DISKUSSION ZUR TIERSCHUTZKENNZEICHNUNG AN**

Die Kommission hat am 28.10.2009 einen Bericht sowie ein begleitendes Arbeitspapier vorgelegt, in denen sie verschiedene Möglichkeiten für eine Tierschutzkennzeichnung aufzeigt. Eine solche Kennzeichnung soll es Verbrauchern erleichtern, beim Kauf Produkte aus artgerechter Haltung besser erkennen und auswählen zu können. Zugleich sollen Produzenten einen wirtschaftlichen Anreiz für die Verbesserung des Tierschutzes erhalten. Die Ergebnisse des Berichts sind Grundlage für weiterführende Diskussionen zwischen Kommission, Rat, Europäischem Parlament, Europäischem Wirtschafts- und Sozi-



alausschuss und Ausschuss der Regionen.

[http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/labelling\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/welfare/farm/labelling_en.htm)

### **NEUE STRATEGIE ZUR BEKÄMPFUNG VON HIV/AIDS**

Am 26.10.2009 hat die Kommission ihre neue Strategie zur Bekämpfung von HIV/Aids in der EU und in den Nachbarländern nebst ergänzendem Aktionsplan für den Zeitraum 2009-2013 veröffentlicht. Anvisierte Ziele sind die Verringerung der HIV-Neuinfektion, die Verbesserung des Zugangs zu Prävention, Behandlung, Versorgung und Unterstützung sowie die Erhöhung der Lebensqualität der Betroffenen. Die Zahl der Menschen, die mit HIV/Aids leben, ist in der EU und in den Nachbarländern von 1,2 Mio. im Jahr 2001 auf 2,2 Mio. im Jahr 2007 gestiegen. Allein 2007 sind 50.000 neu diagnostizierte HIV-Fälle zu vermerken.

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_threats/com/aids/com\\_aids\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_threats/com/aids/com_aids_en.htm)

### **EU-PREIS FÜR GESUNDHEITSJOURNALISTEN AUS FRANKREICH, LI-TAUEN UND RUMÄNIEN**

EU-Gesundheitskommissarin *Vassiliou* hat am 29.10.2009 im Rahmen einer Preisverleihung in Brüssel die Gewinner des ersten EU-Wettbewerbes für Gesundheitsjournalisten geehrt. Der erste Preis ging an die französische Journalistin *Estelle Sagat* für ihren Artikel über Schizophreniekranken und ihr familiäres Umfeld. Mit dem im Februar 2009 eingeführten Preis sollten Journalisten ausgezeichnet werden, die maßgeblich dazu beitragen, den EU-Bürgern insbesondere die Gesundheitsthemen, die in Zusammenhang mit der Kampagne „Europa für Patienten“ stehen, verständlicher zu machen (siehe EB 05/2009).

[http://ec.europa.eu/health-eu/europe\\_for\\_patients/prize/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health-eu/europe_for_patients/prize/index_de.htm)

### **MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER LEBENS-MITTELVERSORGUNGSKETTE IN EUROPA**

Die Kommission veröffentlichte am 28.10.09 die Mitteilung „Die Funktionsweise der Lebensmittelkette in Europa verbessern“. Die Mitteilung zeigt Elemente auf, die zu einer Marktverzerrung geführt haben: Mangel an Markttransparenz, Ungleichgewichte bei den Verhandlungspositionen und wettbewerbswidrige Praktiken. Insbesondere die Diskrepanz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen steht auch im Hinblick auf die Milchmarktproblematik im Mittelpunkt. Um die Ungleichgewichte zu beheben, schlägt die Kommission Maßnahmen



zur Bewältigung der Situation vor. Dazu zählen die Förderung nachhaltiger, marktbasierter Beziehungen zwischen den Akteuren, die Förderung der Integration des Binnenmarktes und die Erhöhung der Transparenz der Lebensmittelversorgungskette durch ein neues EU-Instrument zur Preisüberwachung und einen webbasierten, leicht zugänglichen Dienst für einen Vergleich der Lebensmittelpreise (s. hierzu auch Bericht des StMELF in diesem EB).

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/thematic\\_articles/article16028\\_en.htm](http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article16028_en.htm)

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

### **PARLAMENT UND RAT ERZIELEN EINIGUNG IN STREIT UM TELEKOM-PAKET**

Das EU-Parlament und der Ministerrat haben sich im Vermittlungsverfahren am 04.11.2009 über die letzte strittige Formulierung im Telekom-Paket geeinigt. Dabei ging es um den „Zusatz 138“ und die Frage, ob Internet-Sperren bei Urheberrechtsverletzungen nur auf richterlichen Beschluss verhängt werden dürfen, wie es das Parlament gefordert hatte. Der von Rat und Parlament erreichte Kompromisstext verlangt vor einer Netzsperrung nicht ausdrücklich eine richterliche Prüfung, sondern allgemeiner ein „fares und unabhängiges Verfahren.“

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/058-63572-307-11-45-909-20091103IPR63570-03-11-2009-2009-false/default\\_fr.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/058-63572-307-11-45-909-20091103IPR63570-03-11-2009-2009-false/default_fr.htm)

### **MITTEILUNG UND EMPFEHLUNG ZUR NUTZUNG DER „DIGITALE DIVIDENDE“ VORGELEGT**

Die Europäische Kommission hat am 28.10.2009 ihre Pläne für die koordinierte Zuweisung der Funkfrequenzen vorgelegt und die Mitgliedstaaten in einer Mitteilung und einer Empfehlung aufgefordert, die Umstellung von analogem zu digitalem Rundfunk zu beschleunigen. Bis zum 01.01.2012 soll der Wechsel zu digitalem Fernsehen den Plänen der Europäischen Kommission zufolge abgeschlossen sein. Die EU-weite Koordinierung der frei werdenden Frequenzen, die auch als „Digitale Dividende“ bezeichnet werden, könnte dann, nach Auffassung von Medienkommissarin *Viviane Reding*, die Wirtschaftsleistung der EU in einem Zeitraum von 15 Jahren um 20 bis 50 Milliarden Euro steigern.

[http://www.gsmworld.com/documents/gsma\\_2015\\_mobile\\_manifesto.pdf](http://www.gsmworld.com/documents/gsma_2015_mobile_manifesto.pdf)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1595&format=>



[HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

### **EU-KOMMISSION LEITET VERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN FREQUENZUWEISUNG EIN**

Die Europäische Kommission hat am 29.10.2009 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Nach Auffassung der Kommission hat die Bundesregierung es versäumt, das Frequenzband zwischen 2500 und 2690 MHz für mobile Telekommunikationsdienste vollständig zu öffnen. Das sei ein Verstoß gegen EU-Recht und könnte nach Auffassung der Kommission den Ausbau drahtloser Breitbanddienste in Deutschland und der EU gefährden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1614&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **EU-KOMMISSION ERÖFFNET KONSULTATION ZU EINEM DIGITALEN BINNENMARKT**

Die EU will einen digitalen europäischen Binnenmarkt für kreative Inhalte wie Bücher, Musik, Filme oder Videospiele schaffen. Dazu haben *Viviane Reding*, Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien und *Charlie McCreevy*, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen am 22.10.2009 in Brüssel ein Diskussionspapier vorgelegt und die betroffenen Akteure aufgerufen, sich an einer Debatte darüber zu beteiligen. Im Rahmen der öffentlichen Konsultation sollen bis zum 05.01.2010 neue Ideen zur Belebung des Marktes für die Online-Verbreitung kreativer Inhalte eingeholt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1563&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>